

Deswegen haben wir auch das Programm „1000 mal 1000“ auf Sport im Ganztage konzentriert, weil wir genau hier eine große Herausforderung für die Zukunft sehen. Ich glaube, das ist die richtige Entscheidung, dieses Programm in diese Richtung hin weiterzuentwickeln.

Wir stärken auch die Sportstättenförderung in den Kommunen nach wie vor, denn die Kommunen sind die größten Sportförderer in unserem Land. Wir stellen ihnen mit der Sportpauschale auch dieses Jahr wieder 50 Millionen € im GFG zur Verfügung.

Zum Thema „Inklusion“ möchte ich anmerken: Das beschäftigt uns alle, das beschäftigt natürlich auch die Kommunen in besonderer Weise. Ich weiß nicht, ob Sie teilnehmen konnten: Wir als Landesregierung haben gerade einen großen Kongress in Köln unterstützt, der sich genau dem Thema „Inklusion und Sport“ gewidmet hat, um zu diskutieren, Wege aufzuzeigen, was man tun kann, wie man Dinge weiterentwickeln kann. Vielleicht nehmen Sie sich das nächste Mal die Zeit, einfach dazuzukommen. Alle sind herzlich eingeladen.

Im Bereich Leistungssport wollen wir unser gut funktionierendes Verbundsystem Schule und Leistungssport weiter ausbauen und investieren in den Aufbau der NRW-Sportschulen, aber auch in die Sportschulen der Verbände und hier insbesondere in die Sportschule Wedau.

Auch ich möchte an dieser Stelle abschließend einen Dank aussprechen. Ich möchte dem Landessportbund, stellvertretend für unsere vielen Kooperationspartner im gemeinnützigen Sport, danken. Es ist eine wunderbare, gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit. Deswegen konnten wir auch gemeinsam in diesem Jahr vieles voranbringen.

Den Mitgliedern des Sportausschusses möchte ich herzlich für Ihre Unterstützung danken und freue mich auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kann ich die Beratung zum Einzelplan 07 schließen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 07, und zwar zuerst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1320**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und den Piraten. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Änderungsantrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Damit kommen wir zweitens zur Abstimmung über den jetzt so geänderten Einzelplan 07. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt uns in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1207**, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die Piraten. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 07 verabschiedet**.

Bevor wir den Einzelplan 11 aufrufen, komme ich zur Abstimmung über Einzelplan 14, den wir vorhin debattiert, aber aufgrund der Verabredung bezüglich der Mittagszeit noch nicht abgestimmt haben. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1214**, den Einzelplan 14 unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte widersprechen? – Die Fraktionen von CDU, von FDP und von den Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 14 verabschiedet**.

Wir kommen nun zum

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Er hat folgende Teilbereiche: „Arbeit und berufliche Weiterbildung“, „Integration“ und „Soziales“.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/1211 und eröffne die Beratung.

Wir beraten zuerst den

Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung

Für die CDU-Fraktion wird Herr Kollege Kern sprechen. Herr Kern, vielleicht warten Sie einfach, bis die Kollegen draußen sind; dann ist es etwas ruhiger. Ich würde mir diese Ruhe gönnen, Herr Kollege Kern.

Dann noch die Bitte an die Reihen der Landesregierung, insbesondere die zweite und dritte Reihe, sich gleich nicht wieder so laut zu unterhalten, schon gar nicht von der einen zur anderen Reihe. Das stört beim Zuhören.

Bitte sehr, Herr Kollege.

Walter Kern (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Im Plenarsaal ist nach der Renovierung der Teppich hervorragend und nahtlos verlegt worden. Das muss ein Akademiker gemacht haben.

Was schließen wir daraus? Die Menschen haben unterschiedliche Begabungen. Die Arbeitswelt braucht unterschiedliche Begabungen. Wir als Politiker haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle unterschiedlichen Menschen im Rahmen ihrer individuellen Fähigkeiten am Arbeitsleben teilnehmen können: der Stipendiat genauso wie der Behinderte, der junge Mensch genauso wie der ältere Arbeitnehmer, Bürger mit guten und Bürger mit schlechteren Startbedingungen.

Sie von den Regierungsfractionen können viel dafür tun, dass Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen weiterhin sicher bestehen und zukünftig auch neue Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Die Verantwortung dafür liegt in Nordrhein-Westfalen nun schon seit einiger Zeit bei Ihnen.

Dazu zählt insbesondere auch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeitsmarktsituationen im Lande. Das kann nicht mit dem Prinzip Gießkanne beantwortet werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Düsseldorf sind anders als in Duisburg, in Ostwestfalen-Lippe oder im Siegerland. Die gleichen Herausforderungen haben wir bei den Chancen der Beschäftigung und der Ausbildung. Auch sie sind regional sehr unterschiedlich.

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig: Der demografische Wandel wird die Arbeitsplatzsituation Nordrhein-Westfalens in erheblicher Weise beeinflussen. Mehr denn je brauchen wir deshalb zukünftig die Arbeitskraft älterer Arbeitnehmer. Langfristig stehen weniger junge Menschen, die in den Arbeitsmarkt drängen, in den nächsten Jahrzehnten ins Haus. Diese jungen Mitbürger will ich heute einmal besonders betrachten. Der Wettbewerb der Zukunft um junge Menschen hat schon begonnen. Zuvor aber gibt es noch einmal eine Riesenchance auch für die Arbeitgeber.

Aktuell sind die Herausforderungen des doppelten Abiturjahrgangs zu meistern, der natürlich auch bewirkt, dass viele stärkere die schwächeren Bewerber verdrängen. Das ist unser gemeinsames Problem. Der doppelte Abiturjahrgang wirkt sich nicht nur an den Hochschulen, sondern insbesondere auch am Ausbildungsmarkt aus. Das wird viel zu wenig diskutiert.

Mit dieser Situation gesamtgesellschaftlich verantwortlich umzugehen, ist die Aufgabe der nächsten Jahre. Hierbei hat die Landesregierung erhebliche Versäumnisse. Sie entwickelt eher wie in vielen anderen Gebieten die Dynamik einer Schnecke.

Wer von Ihnen, meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer, glaubt denn, dass junge Menschen, die heute

nicht am Arbeitsleben teilnehmen dürfen, morgen solidarisch gegenüber der älteren Bevölkerung sein werden und sie vielleicht aufopferungsvoll pflegen? Wer von Ihnen glaubt denn, dass ein Jugendlicher von der Stärke unserer Demokratie und unserer sozialen Marktwirtschaft überzeugt ist, wenn wir ihn auf der Straße stehenlassen?

Jeder junge Mensch hat berechtigterweise einen Anspruch, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Es ist sehr wohl eine Frage der Menschenwürde, von eigener Arbeit leben zu können.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben alle gemeinsam die Aufgabe, dass unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger – egal, ob sie Frau oder Mann, gesund oder behindert, studierfähig oder praktisch begabt, mit Zuwanderungsgeschichte oder ohne sind – Lebensperspektiven bekommen. Diese Chance hängt unabdingbar mit Beschäftigung zusammen.

(Karl Schultheis [SPD]: Und mit guter Bezahlung!)

Hierfür ist jeder von uns auch persönlich verantwortlich. Ich fordere an dieser Stelle – ich glaube, im Namen aller – die Ausbilder auf, zu prüfen, ob sie zusätzliche Ausbildungsplätze im nächsten Jahr zur Verfügung stellen können.

Meine Damen und Herren, wir haben im Haushalt ESF-Mittel aus Europa. Wir haben Bundesmittel. Es stehen Landesmittel zur Verfügung. Wünschenswert ist – das wurde auch vom Minister gesagt –, bei der Vergabe von Fördermitteln eine größere Transparenz herzustellen.

Gestatten Sie mir zum Schluss vier kurze Bemerkungen. Damit kein Jugendlicher durch das Sieb fällt, möchte ich nochmals daran erinnern, dass wir mit dem Schüler-Online-System in Nordrhein-Westfalen eine hervorragende Möglichkeit haben, eine individuelle Versorgung der Jugendlichen sicherzustellen und gleichzeitig Fehlplanungen in den Berufskollegs zu vermeiden. Andere Bundesländer nutzen das System flächendeckend.

Zweitens. Gerade die duale Berufsausbildung im ländlichen Bereich bedarf einer Stärkung. Dazu kommt von Ihrer Landesregierung zurzeit zu wenig. Wir müssen im ländlichen Bereich nämlich darauf achten, dass uns die Ausbildung vor Ort auch noch gelingt.

Drittens. Mehr als bisher muss in den Focus der aktiven Arbeit des Ministeriums die Förderung älterer Beschäftigter gestellt werden. Das gilt zum Beispiel für die Gesundheitsprävention, wo es zwar Ansätze gibt, wo wir aber mehr PS auf die Straße bringen müssen.

Viertens. Die Beschäftigung von Behinderten ist sicher eine Aufgabenstellung, bei der der Minister jederzeit mit der Unterstützung der Opposition rechnen kann.

Alfred Herrhausen hat einmal gesagt: Man muss es nicht nur wollen, sondern auch können. Man muss es nicht nur können, sondern auch tun. – Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, wir werden Sie an Ihrem Tun messen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kern sieht mich jetzt ein bisschen ratlos. Ich habe eben für mich in Anspruch genommen, als ich zum Bereich Sport gesprochen habe, dass ich auf das erwidern will, was die Vorredner gesagt haben, weil ich das gemäß der Statue, die wir im Eingangsbereich stehen haben, „Wort und Widerwort“, für ein Element des Parlamentarismus halte. Dazu gab es aus der CDU Zwischenrufe, in denen bezweifelt worden ist, ob das klug wäre. Ich bleibe aber bei meiner Ansicht.

Nur: Bei Herr Kern fällt mir nichts ein. Sie haben Allgemeines vorgetragen, aber ich weiß nicht, was Sie an dem Haushalt kritisiert haben. Eigentlich gar nichts, wenn ich das richtig gehört habe. Ich habe gelernt, dass Akademiker wahrscheinlich keine Teppiche verlegen. Da gebe ich Ihnen recht. Allerdings sitzt hinter mir in der SPD-Fraktion ein Akademiker, der gesagt hat, er könne das auch.

Ich habe das Gefühl – zumindest gilt das, was die CDU angeht, nach der ich jedes Mal die Ehre habe zu reden –, dass Opposition bei ihr gar nicht stattfindet. Herr Müller hat eben erzählt, wir würden alles machen, wie die CDU das will. Ich habe deshalb gefragt, warum er dann den Haushalt ablehnt. Jetzt höre ich gar keine Kritik. Es fällt mir jedenfalls etwas schwer, auf den Vorredner einzugehen. Bei Ihnen ist offensichtlich außer heißer Luft nichts vorhanden.

Aus meiner Sicht ist der von der Landesregierung vorgelegte Haushalt eine Fortführung der erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik der letzten zwei Jahre. Er signalisiert Kontinuität. Es gibt eine große Kontinuität bei den Angeboten auf hohem Niveau, bei den Schwerpunktthemen, die wir arbeitsmarktpolitisch bearbeitet haben, im Bereich der Projekte und Initiativen, die erfolgreich waren. Sie haben sich bewährt und müssen weitergeführt werden.

Darüber hinaus gibt es natürlich neue Problemlagen, woraus sich Notwendigkeiten ergeben, darauf zu reagieren.

Ich empfehle auch, sich die arbeitsmarktpolitischen Zahlen der letzten Monate noch einmal anzusehen. Da deutet nicht nur Gutes, was Nordrhein-Westfalen angeht.

Ich will deshalb noch einige Schwerpunkte aufführen, bei denen ich denke, dass es ganz wichtig ist, an diesen kontinuierlich und intensiv weiter zu arbeiten. Das betrifft einmal sicherlich den Übergang von der Schule in den Beruf. Den haben Sie, Herr Kern, angesprochen, allerdings positiv. Wir sind an der Aufgabe. Es geht darum, flächendeckend bis 2017 ein verändertes System einzuführen, Reformen behutsam durchzuführen, Maßnahmen einzusparen und neue Vorgaben zu machen. Ich finde es gut, dass die CDU – ich meine das jetzt ohne jeden Zweifel – sich auf den Weg begibt und diesen Prozess mitgeht.

Wir haben das Thema „Fachkräftebedarf“. Ich will das deutlicher aussprechen. Herr Kern, Sie haben für mehr Lehrstellen geworben. Ich will das deutlicher sagen. Wir haben in diesem Bereich einen Rückschlag, weil diejenigen Arbeitgeber, die mir auf jeder Veranstaltung sonntags erzählen, dass der Fachkräftebedarf jetzt ein ganz wichtiges Thema darstelle, die positiv wahrnehmen, dass das Land und die Landespolitik eine erfolgreiche Fachkräfteinitiative starten, offensichtlich montags dabei sind, Ausbildungsplätze einzusparen. Das ergibt keinen Sinn.

Wir haben nach einer Veröffentlichung bei den Ausbildungsplätzahlen landesweit einen Rückgang von fast 2 %. Es passt überhaupt nicht zusammen, wenn diejenigen, die das Problem am lautesten beklagen, offensichtlich am wenigsten zu dessen Behebung tun. Ich finde, wir sollten das in der Diskussion der Fachkräfteinitiative noch einmal laut sagen und deutlich betonen, dass die ersten, die etwas tun müssen, die Arbeitgeber sind, weil die die Fachkräfte brauchen. Wir wollen Ihnen dabei helfen, aber Sie müssen sich auch selber helfen.

Der Abbau prekärer Beschäftigung ist ein Thema, das sich bei uns seit Jahren durch die Agenda der Arbeitsmarktpolitik zieht. Das will ich jetzt gar nicht weiter ausführen. Wir haben wohl morgen um 11:35 Uhr, Herr Rasche, hier eine interessante Diskussion zum Thema „Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse durch ein Tariftreuegesetz“. Ich habe Ihre Pressemitteilung dazu gelesen. Ich freue mich schon auf die Diskussion. Es wird hochinteressant, zu erfahren, ob Sie für gute Arbeit sind, ob Sie für faire Löhne eintreten oder ob Sie Dumpinglöhne bevorzugen. Aber das besprechen wir morgen. Wir haben dazu jedenfalls eine klare Position; das kann ich schon einmal sagen.

Beim Thema „Arbeitsschutz“ sind wir unterwegs. Wir müssen da einen hohen Anteil dessen wieder aufbauen, was die Personalkürzungsorgien der Vorgängerregierung, die von 2005 bis 2010 regiert hat, durch das Herunterfahren des Personalbestandes zerstört haben. Das ist eine perspektivische Aufgabe. Die SPD-Fraktion wird darauf sicherlich bei der Einbringung des Haushaltes 2013 ein

Auge haben, um perspektivisch einen Schritt voranzukommen.

Ich komme zu meinem letzten Aspekt, weil dann meine Redezeit vorbei sein wird: Es geht um den Bereich der Kurzarbeit. Möglicherweise können wir gemeinsam initiativ werden. Wir wollen selbstverständlich mit dem Ministerium, aber vielleicht auch mit der Opposition, dass die günstige Kurzarbeiterregelung für 18 Monate möglichst wieder durch Verordnung der Bundesarbeitsministerin wieder eingeführt wird, damit wir den drohenden Gefahren in verschiedenen Branchen entgegenwirken können.

Wir haben viel zu tun. Ich habe nur ein paar Punkte ausführen können. Die SPD und Rot-Grün werden die Aufgaben anpacken. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Alda.

Ulrich Alda (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Besucher! Ich möchte zunächst einmal die allgemeine Lage am Arbeitsmarkt für Nordrhein-Westfalen beleuchten. Die Lage auf dem nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt ist nicht mehr ganz so positiv zu bewerten – da stimme ich Ihnen zu – wie noch in der ersten Jahreshälfte. Die Arbeitslosenquote ist im Laufe des Jahres um 0,2 Prozentpunkte auf 7,9 % gestiegen. Das ist zurückzuführen auf die nachlassende Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes aufgrund der schwächeren Konjunktur.

Trotzdem bleiben wir dabei: Die Situation ist insgesamt als stabil zu bezeichnen. Deshalb können wir einen gewissen Aktionismus der Regierung, der zu bestimmten Fragen veranstaltet wird, einfach nicht verstehen.

Wenn die Regierung sagt, das Kurzarbeitergeld habe sich in der Vergangenheit bewährt, so sind wir uns darin einig. Nur ein inflationärer Gebrauch, wie von der Landesregierung gefordert, empfiehlt sich nicht unter dem Aspekt, dass das auch bezahlbar sein muss. Ein Nebenaspekt ist, dass das Ganze auch zahlbar sein muss. Deswegen sollten wir es tatsächlich für die Krisen übrig lassen.

Sehr geehrter Herr Minister Schneider, ich bin neu im Parlament und habe hier meine Eindrücke gewonnen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Alles, was mit Ihrer Unterschrift aus Ihrem Hause kommt, lässt Sie als einen Berufspessimisten dastehen, der immer mit Skepsis in die Zukunft blickt. Dabei schätze ich Sie grundsätzlich anders ein. Ich habe mich auch erkundigt. Sie sind doch ein fröhlicher, sympatischer, lebensfroher Mensch.

(Minister Guntram Schneider: Ja!)

Verbessern Sie mich, wenn das nicht stimmt.

(Beifall von der FDP)

Daher sollte man an diesem Punkt doch einmal sehen, wie es geht, und dann einfach gucken, dass wir die Probleme hier gemeinsam angehen.

Lassen Sie mich jetzt bitte zu der zukunftsorientierten Arbeitsmarktpolitik kommen. Zu dieser gehört es, die Ursachen für mögliche Krisen so früh wie möglich aufzuspüren.

Die Fachkräftesicherung, die von meinen Vorrednern schon angesprochen worden ist, spielt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle. Immer mehr Arbeitgebern wird klar, dass die Innovationsfähigkeit und somit die Zukunftsfähigkeit ihres Unternehmens davon abhängt, ob ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Ein flächendeckender Fachkräftemangel existiert derzeit nicht. Jedoch sind einige Branchen akut betroffen. Das Phänomen erscheint am Horizont, scheint aber kein Scheinriese zu sein, sondern kommt ganz langsam auf uns zu. Daher müssen wir das ganze Arbeitspotenzial der Bevölkerung nutzen. Dazu gehören folgende Punkte:

Wir müssen mehr Jugendliche in Ausbildung bringen.

Wir müssen altersgerechte Arbeitsplätze für ältere Beschäftigte schaffen. Hier liegt für mich das größte Potenzial.

Wir müssen die Fort- und Weiterbildung in den Betrieben ausbauen – auch derjenigen, die bisher als Ungelernte arbeiten; denn sie werden in Zukunft Maschinen bekommen, für die sie eine Ausbildung benötigen.

Last, but not least: Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse muss erleichtert werden.

(Beifall von der FDP)

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland. Zu diesem Punkt werden wir in diesem Hause ja später noch diskutieren.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass ich als einer derjenigen, die kein Rückkehrrecht haben, noch in der Praxis tätig bin und aus manchen Betrieben schon höre, dass jetzt viel mehr rationalisiert werden soll. Man will Automatisierung einsetzen, um diese Problematik zu überwinden. Da möchte ich doch sagen: Lassen Sie uns zusammenarbeiten und lieber hier die Leute schulen.

Die Zahl der Bewerber um Ausbildungsplätze ist um 6,5 % gestiegen, während die Zahl der Lehrstellen leider tendenziell etwas gesunken ist. Ich will nicht hoffen, Herr Minister, dass der regierungsamtlich verbreitete Pessimismus hier auf die ersten Arbeit-

geber durchschlägt und diese nicht mehr ausbilden wollen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Besetzung von Ausbildungsstellen in den nächsten Jahren dennoch spürbar schwieriger werden. Deshalb sind die Anstrengungen, die seitens der Landesregierung gemeinsam mit den Partnern im Ausbildungskonsens NRW übernommen werden, um beim Übergang von der Schule zum Beruf früher anzusetzen – sprich: achtes Schuljahr – und diesen auch qualitativ zu verbessern, im Grundsatz richtig.

Trotzdem wird es nicht ohne Weiteres gelingen, auf diese Weise alle Jugendlichen mitzunehmen. Mangelnde Ausbildungsreife ist immer noch das Ausbildungshemmnis Nummer eins. Defizite finden sich nicht nur bei der Allgemeinbildung, sondern auch bei den sozialen Kompetenzen und insbesondere bei den sprachlichen Fähigkeiten. Ein kleines Beispiel: Wenn Sie in Hagen – ich habe es persönlich erlebt – jemanden fragen, was er denn in der Zukunft machen möchte, antwortet er nicht: „Ich möchte zum Käthe-Kollwitz-Berufskolleg gehen, um mich auf mein späteres Berufsleben vorzubereiten“, sondern sagt: Ich geh Käthe. – Das ist die Praxis, die einem von der sprachlichen Kompetenz her heute begegnet.

Auf Instrumente wie das Werkstattjahr für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz kann aus obigen Gründen nach wie vor nicht verzichtet werden. Dies hat die Regierung auch angekündigt.

Trotzdem ist zu fragen, was sich seit dieser Ankündigung getan hat und ob es gelungen ist, die Zahl der vorzeitigen Abbrüche des Werkstattjahres zu verringern und eine größere Zahl von Jugendlichen in Ausbildung zu bringen. Da wir jetzt beim Thema „Haushalt“ sind, frage ich: Werden hier nicht auch Geld und die Lebensjahre der jungen Leute verschwendet?

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Ich komme sofort zum Ende. – Die Landesregierung kritisiert gebetsmühlenartig die Verbesserung bei den 400-€-Jobs, bemängelt den fehlenden Mindestlohn und betet für die Vermögensteuer. Dazu könnten wir noch vieles sagen. Das würde aber den Zeitrahmen deutlich sprengen. Wir appellieren hier an Sie, den Tarifpartnern und den Menschen zu vertrauen. Wir tun das. Die Erfolge sind in den Beschäftigungsstatistiken abzulesen. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Alda. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Berufliche Erstausbildung ist der Grundstein für ein zukunftssi-

cherndes Erwerbsleben und beugt brüchigen Erwerbsbiografien vor. Die Neugestaltung des Übergangsmanagements Schule/Beruf ist zwingend notwendig. Unsere Fraktion steht geschlossen hinter diesem Anliegen, legt aber dennoch Wert darauf, nicht unbegründet und radikal bisherige Förderinstrumentarien zusammenzustrichen.

Eine für alle Beteiligten nachvollziehbare Überprüfung des alten Systems und eine transparente, begründbare Einführung neuer Förderstrukturen sind unabdingbar. Die Neugestaltung des Übergangsmanagements Schule/Beruf ist jedoch ein längerer Prozess, bei dem wir alle beteiligten Organisationen im Bereich Arbeit, Schule und Jugendhilfe an einen Tisch holen sollten.

Besonders hervorheben möchten wir Grünen bei den zusätzlichen Förderangeboten die Teilzeitausbildung. Insbesondere für alleinerziehende junge Mütter ist dies ein Weg der Integration in den Arbeitsmarkt; denn das Angebot einer Vollzeitausbildung und passender Kinderbetreuung ist in vielen Kommunen Mangelware, gerade im ländlichen Raum. Hier sollte aus grüner Sicht ein Schwerpunkt gebildet werden; denn allzu oft landen Kinder unter drei Jahren deshalb im Hartz-IV-Bezug, weil es den Eltern oder den jungen Müttern an Ausbildung und Arbeit fehlt. Kinderarmut findet hier ihren Anfang.

Ein bisheriges Stiefkind in der politischen Debatte ist der Arbeitsschutz. Wir begrüßen es sehr, dass Herr Minister Schneider sich für auskömmliche Sachmittel und ausreichendes Personal einsetzen will.

Hier möchte ich insbesondere auf die zunehmenden Erkrankungen im psychischen Bereich hinweisen. Wir sollten uns im Fachausschuss zukünftig mehr mit den Stressfaktoren, den Erschöpfungszuständen und dem sogenannten Burn-out-Syndrom beschäftigen. Es ist dringend geboten, wirkungsvolle Ansatzpunkte zur Vorbeugung und Vermeidung zu entwickeln.

Die Fachkräfteinitiative NRW, die bereits mehrfach angesprochen wurde, ist ein weiterer Weg, um mehr Erwerbspersonen dauerhaft in Arbeit und in unsere Sozialversicherungssysteme zu bringen. Dies ist gerade in Bezug auf die derzeitige Diskussion um Altersarmut und Überprüfung unseres Rentensystems dringend notwendig. Bei den Frauen und den Migrantinnen liegen hier erhebliche Potenziale brach.

Hinweisen möchte ich aber auch auf die unerträgliche Ausweitung prekärer Beschäftigung. Im Sinne des Fachkräfteprogramms muss den Unternehmen vor Ort klar werden, dass die Ausweitung von Minijobs, Leiharbeit, befristeten Beschäftigungen und Teilzeit nicht der richtige Weg ist, um dringend benötigte qualifizierte Fachkräfte an sich zu binden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Hier ist ein grundsätzliches Umdenken zwingend erforderlich. In diesem Feld der fairen und guten Arbeit sehe ich uns alle gefordert.

Auch weiterhin begrüßen wir Grünen sehr, wenn sich unsere Landesregierung auf Bundesebene für die Eindämmung prekärer Beschäftigung einsetzt. Insbesondere sei hier der Mindestlohn genannt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Hier kann sich das Arbeitsministerium einer intensiven Unterstützung durch die grüne Fraktion sicher sein.

Ein besonderes grünes Anliegen ist die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Hierzu gehört zum einen die weitere Förderperiode der Erwerbslosen-Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren, als weiteres Instrumentarium aber auch die öffentlich geförderte Beschäftigung.

Mit dem Projekt „sozialer Arbeitsmarkt“ bietet sich eine Chance, Menschen mit unterschiedlichsten Belastungen eine Teilhabe zu ermöglichen. Uns Grünen ist bewusst, dass wir in unserem Land nur einen Anstoß geben können. Klares Ziel und damit auch Paradigmawechsel ist es jedoch, dass wir keinen diskriminierenden, ausgrenzenden zweiten, dritten, vierten oder fünften Arbeitsmarkt mehr wollen. Es gibt für uns Grüne nur einen Arbeitsmarkt, den ersten. Dort gibt es nicht geförderte und geförderte Arbeitsplätze.

Viele Bundesländer sind uns gefolgt und haben Ähnliches auf den Weg gebracht. Eine Bundesratsinitiative zur öffentlichen Beschäftigung ist aktuell in der Debatte. Der Anfang ist durch Rot-Grün in NRW gemacht. Bedauerlicherweise, Herr Kern, ist das ohne die männlichen CDA-Recken in der CDU geschehen. Wir haben damals Ihre Unterstützung vermisst, als wir hier den sozialen Arbeitsmarkt plenar eingebracht haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Gruppe der Langzeitarbeitslosen kommt in Ihrem Redebeitrag leider nicht vor. Für Menschen, die arbeitsfern sind, haben Sie keinen Blick mehr – den hatten Sie einmal.

Wir gehen, meine Damen und Herren, davon aus, dass wir spätestens im Herbst 2013 ein bundesweit gefördertes Instrument der öffentlich geförderten Beschäftigung haben.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Und ich gehe davon aus, dass dies ohne Frau von der Leyen geschehen wird. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Maaßen.

In Richtung der Bänke der Landesregierung möchte ich meine Bitte, die jetzt keinen appellativen, sondern einen auffordernden Charakter hat, wiederholen. Wenn das Innenministerium Raum für eine Bürobesprechung benötigt, dann empfehle ich meinen Empfangsraum.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bitte das Innenministerium, meine humoristisch gemeinte Einlassung jetzt ernst zu nehmen und das Parlament nicht zu stören.

Herr Kollege Sommer von den Piraten.

Torsten Sommer (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und im Livestream! Der jetzt vorliegende Haushalt beinhaltet im Einzelplan 11 leider zu wenig initiativ Elemente und Impulse. Dabei wäre es gerade jetzt wichtig, gegen die Erosion der typischen Beschäftigungsverhältnisse vorzugehen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht nicht nur immer weiter auseinander, sondern auch immer schneller.

Die sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse – Aufstocker, Minijobs, aber auch schlecht bezahlte Leiharbeit – verdrängen nach und nach die normalen Arbeitsverhältnisse, die zu einem selbstbestimmten Leben taugen. Diese atypischen Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht länger durch Vorteile bei Besteuerung und Sozialabgaben gefördert werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Hier muss die Landesregierung auch im Bundesrat initiativ werden. Wenn wir es ernst meinen und Politik für Menschen in diesem Lande machen wollen, müssen wir diese Rahmenbedingungen ändern.

Aber auch hier auf Landesebene brauchen wir viel mehr Initiativen, als es bisher geschehen und geplant ist. Wir benötigen zum Beispiel erheblich mehr Möglichkeiten zur Qualifizierung. Lebenslanges Lernen und berufliche Weiterbildung dürfen nicht nur eine Forderung der Politik bleiben. Politik muss auch die entsprechenden Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für die Menschen in diesem Land schaffen.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn nur mit qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern können wir im internationalen Wettbewerb bestehen. Für diese und weitere Initiativen steht die Piratenfraktion gerne zur Beratung und Umsetzung zur Verfügung. Wir wollen schließlich nicht in dem althergebrachten Scheuklappendenken verharren. Dafür gibt es andere Parteien. Wir Piraten wollen und werden weiterhin politische Lösun-

gen erarbeiten und zur Übernahme anbieten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sommer. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Schneider das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die aus meiner Sicht sehr sachliche und konstruktive Diskussion. Besonders bedanke ich mich bei Herrn Alda. In der Tat bin ich ein lebensfroher Mensch. Manche fügen hinzu: mit barocken Zügen.

(Heiterkeit)

Aber dies kann ja nicht alles sein. Ich habe gelernt: Wenn Optimismus keine Substanz hat, dann wird daraus Propaganda. – Das darf gerade in der Arbeitsmarktpolitik nicht geschehen. Deshalb sollten wir positive Entwicklungen sehr deutlich machen, aber auch negative Verhältnisse benennen, um sie gemeinsam zu überwinden.

Mehrmals ist in der Diskussion das neue Übergangssystem von der Schule in den Beruf angesprochen worden. Dieses neue Übergangssystem ist ein zentrales Projekt unserer Landesregierung. Wir setzen hierfür etwa 70 Millionen € ein, auch Mittel des Bundes, der Bundesagentur für Arbeit und natürlich auch anderer Ressorts.

Ich denke, dieses neue Übergangssystem wird sich ein Stück weit auch selbst finanzieren, weil wir zum Beispiel unnötige Warteschleifen auflösen wollen, um die jungen Leute eher in die duale Berufsausbildung oder zum Studium zu bringen. Hier geht es auch um handfeste finanzpolitische Fragestellungen.

Wir wollen – und darauf ist auch hingewiesen worden – natürlich das duale System stärken. Ich tue dies bei jeder Gelegenheit. Informieren Sie sich bei den Handwerksorganisationen. Gerade in diesem Punkt ist die Landesregierung ein solider und verlässlicher Ansprechpartner, der sehr viel gemeinsam mit Handwerk, Handel und Industrie leistet.

Wir müssen unser duales System erhalten, weil die in anderen Ländern vorhandene erhebliche Jugendarbeitslosigkeit unter anderem darauf beruht, dass die Qualifikation in vielen Ländern nicht mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes übereinstimmt. Dann kommt es eben zur Arbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren, faire Arbeit, Arbeit gestalten – das ist auch ein Credo dieser Landesregierung. Wir werden eine Initiative „Faire Arbeit und fairer Wettbewerb“ gemeinsam mit den Sozialpartnern und mit anderen am Wirtschaftsleben Beteiligten in

den nächsten Wochen auf den Weg bringen. Wir wollen auch ein Programm „Arbeit gestalten“ vor allem mit den Sozialpartnern realisieren, weil eines auch klar ist: Wenn die Menschen länger arbeiten sollen, dann müssen erstens die Arbeitsplätze hierfür vorhanden sein und zweitens müssen die Menschen länger im Erwerbsprozess gesund bleiben können. Deshalb ist es notwendig, auch hier verstärkte Initiativen zu ergreifen.

Meine Damen und Herren, besonders – darauf hat die Kollegin Maaßen hingewiesen – liegt uns der Arbeitsschutz und damit auch ein Stück weit die Arbeitsgestaltung am Herzen. Wir sind hier dabei, unverantwortliche Kürzungen aus der Zeit der schwarz-gelben Regierung wegzuräumen und zu überwinden. Sie haben über die sogenannte Verwaltungsstrukturreform 20 % des Personals beim staatlichen Arbeitsschutz abgebaut. Wir müssen jetzt unter schwierigen finanziellen Verhältnissen hier wieder aufbauen. Wir beginnen dies mit verstärkter Ausbildung der Menschen, die zukünftig im Arbeitsschutz tätig sein sollen. Wir vereinbaren neue Aktivitäten mit den bei den Regierungspräsidien tätigen Arbeitsschutzkolleginnen und -kollegen in Richtung verstärkte Kontrolle. Wie notwendig das ist, zeigt der Fall Envio in Dortmund.

Ich glaube, wir sind auf einem sehr guten Weg. Wir haben in zweieinhalb Jahren in der Arbeitsmarktpolitik vieles erreicht. Das wird auch auf Bundesebene gewürdigt, auch von Landesregierungen, die einer anderen Farbenlehre entsprechen. Ich würde mich freuen, wenn wir unsere Arbeitsmarktpolitik möglichst versehen könnten mit einer breiten politischen Grundlage, damit wir das verwirklichen können, was jedem Menschen zusteht, über Arbeit den Lebensunterhalt zu finanzieren und Teilhabe an Gesellschaft und an Politik zu haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Minister Schneider hat die Redezeit um ca. eine Minute überzogen. Wünscht jemand von den Fraktionen noch zu reden?

(Zuruf von der CDU)

Das ist nicht der Fall. Dann können wir damit die Beratungen über den Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung im Einzelplan 11 schließen.

Ich rufe auf den

Teilbereich Integration

Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Güler von der CDU-Fraktion.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Serap Güler (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss an dieser Stelle ganz offen und ehrlich gestehen, dass es mir schwerfällt, den Gesamtansatz zum Haushaltskapitel gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter zu kritisieren. Sicherlich kann man auf der einen Seite durchaus monieren, dass diese 28 Millionen €, über die wir jetzt sprechen, bei einem Haushalt von 58,8 Milliarden € eher mickrig erscheinen. Auf der anderen Seite ist mir jedoch auch klar, dass dies nicht alles ist, was das Land für die Integrationspolitik im Haushaltsjahr 2012 eingeplant oder mittlerweile bereits ausgegeben hat. Deshalb: Chapeau an dieser Stelle. Auch hier sparen Sie nicht.

Das, was wir alle aber ebenso gut wissen, ist, dass eine erfolgreiche Integrationspolitik eben nicht kaufbar ist. Für eine gute Integrationspolitik muss man eben ein bisschen mehr machen, als einfach nur Geld auszugeben. Ihre integrationspolitische Bilanz ist hierfür das beste Beispiel. Integrationspolitik braucht Ideen. Sie braucht Ziele. Ähnlich haben Sie es, Herr Minister Schneider, im Rahmen der Haushaltsdebatte 2011 formuliert. Sie sagten – ich zitiere –: Das Geld, das wir nicht haben, versuchen wir durch Kreativität und Fantasie in der Politik auszugleichen.

(Zuruf: Wo denn?)

Ich frage mich nun, ob die 10 Millionen €, die Sie auf den Etat 2012 draufschlagen, ein Eingeständnis dafür sind, dass es Ihnen an Kreativität und Fantasie in der Integrationspolitik fehlt und dass es Ihnen an Ideen fehlt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ihrem Vorgänger wird gern von Ihrer Partei und auch von Ihrem Koalitionspartner vorgeworfen, er sei der Mann der schönen Worte gewesen, hätte diesen aber keine Taten folgen lassen. Nun seien wir doch bitte einmal ehrlich. Wenn Sie, Herr Minister, heute durch das Land ziehen und voller Stolz verkünden, NRW sei das Integrationsland Nummer eins, dann ist das nicht Ihr Verdienst, sondern das Ihres Vorgängers und das von Thomas Kufen.

(Beifall von der CDU)

Doch auch Sie, Herr Minister – und das muss ich hier auch gestehen –, sind sehr wohl ein Mann der schönen Worte. Sie sind ein Mann, der im Nu die Herzen des Publikums erobern kann, doch nur und ausschließlich, wenn es um das Thema „doppelte Staatsbürgerschaft“ geht. Das ist ein Thema, für das Sie sich vehement einsetzen, und gleichzeitig eines – wie gut ein Drittel des Kapitels „Integration“ in Ihrem Koalitionsvertrag –, das gar nicht in Ihrer Kompetenz liegt.

Kreativ ist es zudem auch nicht. Ihre Partei geht damit nun seit mehr als einem Jahrzehnt bei Migranten auf Stimmenfang.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ein Hauch von Kreativität kann man mit verdammt viel Fantasie bei den Kommunalen Integrationszentren erkennen. Wie gesagt: mit Fantasie! Die KIZ, die Sie als neue Akzente in NRW verkaufen, sind lediglich eine Verschmelzung der RAA und des Programms „KOMM-IN“. Eine Verschmelzung, aber keine neue Idee!

(Minister Guntram Schneider: Das hätten Sie machen müssen!)

Ich frage mich wirklich, ob man für diese Verschmelzung nun mehr Geld ausgeben muss. Die Kommunen scheinen von den KIZ so sehr „begeistert“ zu sein, dass Ihnen bis heute kein einziger Antrag vorliegt, obwohl die Frist am 31. Oktober abgelaufen ist.

(Beifall von der CDU)

Dabei geht es mir gar nicht darum, dass Sie das Geld lieber hätten sparen sollen.

(Ingrid Hack [SPD]: Lesen Sie mal die Protokolle, Frau Güler! Da steht etwas anderes drin!)

Nein, Sie hätten es für etwas ausgeben können, was Ihnen angeblich wirklich am Herzen liegt, zum Beispiel für Ihre Einbürgerungsoffensive. Sie wissen genauso gut wie ich, dass das Thema „doppelte Staatsbürgerschaft“ nicht der einzige Grund dafür ist, dass wir so wenige Einbürgerungen haben. Ein weiteres Hindernis sind die Kosten. Warum stecken Sie das Geld nicht hier rein und übernehmen als Land einen Teil der 250 €, die eine Einbürgerung kostet? Das wäre kreativ. Ihre Offensive wäre somit wirklich innovativ, und Ihr Einsatz wäre fulminant gewesen. So aber sind es, wenn überhaupt, nur Ihre Reden zum Thema „doppelte Staatsbürgerschaft“.

Kurzum: Sie geben mehr Geld aus – nicht als Wohltat, sondern einfach weil Ihnen die Ideen fehlen. Und die Ideen fehlen Ihnen, weil Ihnen dieses Thema nicht am Herzen liegt.

Während Integration für uns Chefsache ist, verliert es unter dieser Landesregierung zunehmend an Bedeutung. Das Paradebeispiel dafür lieferte die Regierungschefin in ihrer Regierungserklärung. Nicht nur, dass sie dieses Thema noch weit hinter das Thema „Artenschutz“ stellte, nein, sie widmete sich dem Thema und somit den 4 Millionen Menschen, die dieses Thema aus nächster Nähe betrifft, gerade mal eine Minute.

(Widerspruch von der SPD – Walter Kern [CDU]: Wo ist sie eigentlich?)

Ich möchte zum Schluss noch ganz kurz auf ein weiteres Thema eingehen. Wie Sie wissen, liebe Kollegen, haben wir uns hier vor Kurzem alle gemeinsam massiv über die Postkartenaktion auf der Keupstraße aufgeregt. Ich erinnere mich an die

Pressemitteilung der Kollegen Herrn von Grünberg und Frau Velte, an den pressewirksamen Auftritt des Herrn Kollegen Ünal auf der Keupstraße.

Wie Sie wissen, war ich bei diesem Thema voll und ganz bei Ihnen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Oh! Das ist ja toll!)

Auch ich fand diese Aktion unmöglich. Auch ich habe die Händler vor Ort besucht – allerdings ohne die Presse – und daraufhin dem Bundesinnenminister ein Schreiben geschickt, in dem ich ihm mangelnde Sensibilität vorgeworfen und um Aufklärung gebeten habe. Diese habe ich Anfang dieser Woche bekommen. Ich darf Ihnen aus dem Antwortschreiben des Bundesinnenministers Folgendes zitieren:

Für die Verteilung der Gratispostkarten haben wir in Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW

(Zurufe von der CDU: Oh!)

die Städte und Stadtteile in NRW ausgewählt, in denen eine Verteilung der Gratispostkarten als sinnvoll erachtet wurde.

(Britta Altenkamp [SPD]: Erklären Sie mal, was das beweist!)

Während Ihr Innenminister die Stecknadel auf die Karte setzt, echauffieren Sie sich vor der Öffentlichkeit über eine Aktion, die diese Landesregierung letztendlich mitgetragen hat.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, Ihre Redezeit.

Serap Güler (CDU): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zu so viel Doppelmoral fällt mir wirklich nichts mehr ein. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Güler. Das war Ihre erste Rede, Ihre Jungfernrede im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Herr Kollege von Grünberg.

Bernhard von Grünberg (SPD): Liebe Frau Güler, alle Fraktionen haben sich geschworen, Integrationspolitik gemeinsam zu machen.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich verstehe Ihre Rede nun wirklich nicht. Am Anfang sagen Sie „Chapeau“ gegenüber der Landesregierung, dass in diesen schwierigen Zeiten 10 Mil-

lionen € mehr eingesetzt werden. Und es ist ehrenwert, dass Sie „Chapeau“ sagen. Dann aber sagen Sie, unsere Arbeit sei kleinkariert, irgendwie alles ganz falsch und fantasielos.

Ich weiß nicht, inwieweit es fantasielos ist, wenn wir den Kommunen zusätzlich – zusätzlich! – Geld geben, damit sie vor Ort die Integrationsbemühungen – und die kann man vor allen Dingen vor Ort machen – fortsetzen und steigern können. Es ist ganz entscheidend, dass man vor Ort etwas entwickelt. Die Menschen dürfen nicht einfach nur das Geld vom Land nehmen. Voraussetzung dafür ist, dass eigene Vorstellungen entwickelt werden, wie man Integration vor Ort, und zwar flächendeckend, hinbekommen kann. Das ist der Ausdruck dafür, dass wir kreative Vorstellungen vor allen Dingen in den Kommunen erreichen wollen.

Bisher haben wir die RAA gehabt und auch gefördert. Aber wir setzen, wie gesagt, allein in diesem Titel 10 Millionen € mehr ein, weil wir sagen: Die RAA-Konstruktion springt zu kurz, denn sie hat nur an der Bildung angesetzt. – Natürlich ist die Bildung ein ganz entscheidender Punkt. Es geht aber um die Frage der integrativen Arbeit in allen Bereichen der Kommunalverwaltung, nicht nur im Bildungsbereich. Deswegen ist es richtig, Kommunale Integrationszentren einzurichten: damit die Kommunen in diesem Bereich umfassend arbeiten.

Im Übrigen ist es nicht so, dass nur diese 10 Millionen € hinzukommen. Denn aus dem Schuletat kommen noch jeweils zwei Stellen drauf. Und natürlich sind auch unsere Arbeit im Kindergartenbereich – das dritte Kindergartenjahr ist kostenlos – und die Veränderung der Schulstruktur ein ganz wesentlicher Beitrag zur Integration. Deswegen kann man diesen Titel nicht alleine sehen, sondern muss insgesamt die Anstrengungen sehen, die wir 2012 durchführen.

Wir wollen jetzt auch erstmalig – das ist ganz wesentlich; ich verstehe auch nicht, warum Sie sagen, da sei keine Kreativität – die Selbsthilfe von Migrantenselbsthilfeorganisationen stärken. Wir wollen, dass die Kolleginnen und Kollegen nun selber stark werden und wir ihnen durch diese Gelder beim Starkwerden helfen. Das ist doch auch ganz entscheidend. Wir wollen dem Landesintegrationsrat 100.000 € mehr geben, damit er das alles koordinieren kann.

Wir haben noch eine Menge zu tun in diesen Bereichen. Daher brauchen wir Einigkeit.

Herr Kollege Laschet, Sie haben sicherlich Ihre Verdienste innerhalb der CDU, jedenfalls in Nordrhein-Westfalen. Sie sagten: Das ist auch unser Thema. Diese Art von Wahlkämpfen, die wir in der Vergangenheit gehabt haben, sollte es nicht mehr geben. – Das ist sehr verdienstvoll.

Auch bei dem einen oder anderen aus unserer Fraktion lag schon einmal ein Wort daneben. Aber

wir brauchen das Zusammenstehen auf Bundesebene. Herr Laschet, Sie sind jetzt Landesvorsitzender. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie auf Bundesebene das auf den Weg bringen, was wir dringend brauchen, nämlich die doppelte Staatsangehörigkeit, damit die Leute nicht mit Übernahme der deutschen ihre alte Staatsangehörigkeit abgeben und damit ihre Herkunft verleugnen müssen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Natürlich geht es auch um die Frage von Erschwernissen bei der Einbürgerung, die zum Beispiel im Transferleistungsbezug usw. liegen. Sie wissen ganz genau, warum das nicht funktioniert. Es liegt nicht nur an den 250 €, wie Sie vorgetragen haben.

Dasselbe gilt für das Wahlrecht. Auch da brauchen wir das Bekenntnis der CDU, dass es nicht angehen kann, einer Bevölkerungsgruppe, die seit Jahren und Jahrzehnten hier ist, keine Art von Wahlrecht zu geben. Das kann doch gar nicht sein. Wir sind doch nicht im 19. Jahrhundert. Dazu müssen Sie doch beitragen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Herr Laschet, Sie verlassen jetzt den Raum. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie bei Ihren Kollegen auf Bundesebene dafür werben, die Probleme gemeinsam anzugehen und nicht nur Schiebepolitik zu machen: Ihr seid ja ganz schlimm und fantasielos.

Frau Güler, ich bitte Sie: Kommen Sie zurück auf den gemeinsamen Weg, dann werden wir in dem Bereich eine vernünftige Politik erreichen können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege von Grünberg. – Für die FDP-Landtagsfraktion spricht Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege von Grünberg, Sie haben die Einheit der Fraktionen in der Integrationspolitik beschworen. Das mag selbstverständlich für die Ziele gelten, aber ich muss ganz ehrlich sagen: Ich habe nirgendwo unterschrieben, dass ich der Integrationspolitik der Landesregierung bedingungslos und unkritisch folge. Deswegen werde ich das hier entsprechend charakterisieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir hatten in Deutschland lange Zeit eine Art Große Koalition von Integrationsverweigerern. Auf der eine Seite hatte die Union, hatten die Konservativen die Haltung: Deutschland ist kein Einwanderungsland. Ich kann mich noch bis tief in die 80er-, teilweise 90er-Jahre an regelmäßige Textbausteine erinnern. Auf der

anderen Seite war eine multikulturalistische Linke mit Parolen unterwegs wie: Liebe Ausländer, lasst uns mit diesen Deutschen nicht alleine. Es wurde gesagt: Jeder Fremde, der kommt, ist automatisch eine Bereicherung. – Aus dieser Perspektive heraus ist die Notwendigkeit von aktiver Integrationspolitik negiert worden. Wir hatten wenige wie die großartige Lieselotte Funcke, die ich nach Ihrem Tod gerne noch einmal erwähnen möchte, die frühzeitig die Notwendigkeit aktiver Integrationspolitik erkannt haben.

Trotz der Integrationsverweigerung, die wir in weiten Teilen der Politik hatten, ist es aber falsch, zu behaupten, wie es der bekannte Sozialdemokrat Buschkowsky in seinem Buch getan hat: Neukölln ist überall. – Wer sagt, Neukölln sei überall, der weckt Ängste und Ressentiments. Es gibt Tausende gelungene Integrationsbeispiele, gerade in Nordrhein-Westfalen.

Aus meiner Sicht wäre es umgekehrt aber auch fahrlässig, zu sagen: Neukölln ist nur in Neukölln. Denn es gehört zu einer ehrlichen Debatte, dass wir uns eingestehen: In einigen Bereichen haben wir zunehmend Probleme, was bestimmte Entwicklungen zu Parallelgesellschaften in Stadtteilen angeht, was ethnisch strukturierte Jugendbanden angeht und auch was einen deutlich wachsenden religiösen Fundamentalismus angeht.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Unfassbar!)

Diese Probleme machen vielen Menschen Angst. Sie müssen offen angesprochen werden, damit wir ihnen umgekehrt offensiv begegnen können. Denn wer Ängste nicht ernst nimmt, sorgt dafür, dass Vorurteile und Xenophobie weiter wachsen. Viele Zuwanderer, die Vorurteile und Ressentiments im Alltag begegnen – bei der Jobsuche, am Wohnungsmarkt –, leiden darunter. Wenn wir beispielsweise hören, dass ein Drittel der türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürger trotz einer hohen beruflichen Qualifikation keine angemessene Arbeitsstelle findet und viele Betriebe nach wie vor Mitarbeiter ohne Migrationshintergrund bevorzugen, dann ist das besorgniserregend und für uns Liberale nicht hinnehmbar.

(Beifall von der FDP)

Für uns Liberale ist es nicht entscheidend, wie jemand aussieht, wo er herkommt, was er isst und trinkt, ob oder an welche Religion er glaubt. Für uns Liberale zählt, ob Menschen bereit sind, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren und sie gemeinsam voranzubringen. Umgekehrt sind wir als Aufnahmegesellschaft gefordert, Zuwanderern alle Möglichkeiten zu bieten, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Die viel beschworene Willkommenskultur muss sich auch in Rahmenbedingungen manifestieren, zu denen wir hier konkret beitragen können.

Darum gibt es die Notwendigkeit einer aktiven Integrationspolitik in beide Richtungen, gerade bei uns in Nordrhein-Westfalen, wo mehr als jeder Fünfte eine Zuwanderungsgeschichte hat. Die christlich-liberale Regierung hat hier zwischen 2005 und 2010 mit dem ersten Integrationsminister, einem aktiven Integrationsbeauftragten, einem Integrationsbeirat und der Förderung zahlreicher Projekte neue Maßstäbe gesetzt. Leider haben Sie, Herr Minister Schneider, den Integrationsbeirat ersatzlos gestrichen und die Stelle des Integrationsbeauftragten nicht adäquat besetzt. Integration ist nach meinem Empfinden gerade in den letzten zwei Jahren zu einem Nebenthema geworden.

Das gilt auch für eines der wesentlichen Themen, nämlich die frühkindliche Sprachförderung. Wir haben zwischen 2005 und 2010 mit den Sprachstandstests für alle Vierjährigen, mit der entsprechenden Sprachförderung etwas auf den Weg gebracht. Von Rot-Grün ist dazu immer wieder viel Kritik geübt worden. Ich frage Sie umgekehrt: Wo waren Sie in den letzten zwei Jahren? Wo haben Sie die frühkindliche Sprachförderung weiterentwickelt? Da ist einfach nicht viel passiert.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben das Integrationsgesetz gemeinsam in diesem Haus auf den Weg gebracht. Dafür wurden jetzt zusätzliche Mittel, die wir auch begrüßen, in den Haushalt eingestellt. Nun müssen wir sehen, dass die Haushaltsmittel effizient genutzt werden und richtig ankommen. Das gilt auch für die eben schon angesprochenen Kommunalen Integrationszentren. Hier müssen wir vor Ort mehr Flexibilität ermöglichen, damit andere Strukturen, in denen bereits gute Integrationsarbeit geleistet wird, durch die neuen Kommunalen Integrationszentren nicht an den Rand gedrängt werden. Es gibt also noch eine Menge zu tun. Ich wünsche mir eine ganze Reihe neuer Impulse.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege!

Dr. Joachim Stamp (FDP): Ich weiß, meine Zeit ist hier und jetzt abgelaufen.

(Zuruf von den PIRATEN: Gott sei Dank!)

Wir sind insgesamt der Meinung, von Rot-Grün könnte noch deutlich mehr kommen. Deswegen bitte ich Sie um Nachsicht, Herr Schneider, dass wir den Haushalt auch an dieser Stelle ablehnen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Velte das Wort.

Jutta Velte (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! NRW ist ein Land der Vielfalt. Ich denke, dass es damit auch ein Land der Fantasie ist, und finde es ausdrücklich richtig, dass über die Kommunalen Integrationszentren das Geld, das wir mehr für Integration ausgeben wollen, an die Menschen in den Kommunen geht, wo die Fantasie ist, wo das zivilgesellschaftliche Engagement liegt. Ich kann es überhaupt nicht verstehen, dass die liebe Frau Güler ein so schlechtes Bild von den Menschen in den Kommunen hat.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Herr Dr. Stamp, Sie verstehe ich natürlich auch nicht. Sie loben das Kommunale Integrationszentrum zu Recht. Ich denke, dass wir Seite an Seite darauf achten werden, dass das gelingt. Trotzdem lehnen Sie den Haushalt, dessen Schwerpunkt das Kommunale Integrationszentrum ist, ab. Das kann ich zwar nicht verstehen, aber wer weiß: Vielleicht lerne ich das noch. Ich bin ja hier neu und lerne noch dazu.

NRW lebt von den Menschen. Wir sind ein Land der Vielfalt und das Einwanderungsland Nummer 1. Insgesamt müssen wir weiter daran arbeiten, dass die Integrationsprozesse in unserem Land nach vorne geführt werden. Angesichts dessen finde ich es kontraproduktiv, dass der Konsens, der in Sachen Integrationspolitik über all die Jahre über viele Regierungen hinweg bestanden hat, durch Frau Güler mit einer sehr detailorientierten, spitzfindigen und zum Teil falschen Rede aufgekündigt zu werden droht.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir müssen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens die Integration weiterentwickeln. Wir müssen sie zum Beispiel in der Bildung weiterentwickeln. Denn auch dort gibt es – das ist mehrfach erwähnt worden – Benachteiligungen. Weiterentwickeln müssen wir sie in Stadtentwicklungsprozessen, im Quartiersmanagement, in den Verwaltungen, den Medien und nicht zuletzt den Parteien. Überall dort sind Migrantinnen und Migranten gemessen an ihrem Anteil in der Bevölkerung unterrepräsentiert. Deutlich wird das nicht nur hier im Landtag, sondern auch in den Räten.

Eine neue Studie „Vielfalt sucht Rat“ des Max-Planck-Instituts weist nach: Von den Ratsmitgliedern der Grünen in den Kommunalparlamenten haben 8 % einen Migrationshintergrund. Das ist bei den Linken ähnlich. Bei der SPD sind es 5 %. Bei FDP und CDU sind es nur 2 %. Sie müssen schauen, dass Sie sich weiterentwickeln. Das müssen wir alle. Das belegt sehr deutlich, dass es mit der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten nicht weit her ist und wir bislang in allen unseren Strukturen viel Zeit mit Sonntagsreden, Lip-

penbekenntnissen und ideologischen Diskussionen verschwendet haben.

In diesem Haushalt wollen wir deswegen ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass wir die Integration und die Notwendigkeiten, die wir vor Ort erkannt haben und die von den Kommunen an uns hergetragen worden sind, ernst nehmen. Ich möchte eine Lanze für die Kreise brechen. Frau Güler, Herr Dr. Stamp, es ist wirklich neu, dass wir nicht nur von den kreisfreien Städten reden, sondern dass wir Integrationsprozesse über die Kommunalen Integrationszentren in den Kreisen anstoßen wollen. Das ist wichtig, um so einen Gestaltungsprozess in Gang zu bringen.

In diesem Sinne halte ich es für sehr gut, dass wir für kommunale Integrationsarbeit insgesamt 10 Millionen € mehr ausgeben. Das ist richtig und wichtig. Das sage ich bewusst als Kommunalvertreterin.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich glaube, dass es ebenso wichtig ist, im Landtag gemeinsam darauf hinzuwirken, dass wir mehr und mehr verstehen, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist. Ich habe als Neuling den Haushaltsreden sehr intensiv zugehört. In kaum einer Haushaltsrede ist das Wort „Integration“ ausgesprochen worden. Dabei haben wir in vielen Einzelplänen dieses Landeshaushalts Mittel eingestellt. Wir haben zum Beispiel im Haushalt für Schule und Weiterbildung 300 Millionen € stehen, die auch für Integration genutzt werden. Wir haben in den Einzelplan für die Kultur Integrationsmittel eingestellt. Wir haben überall Integrationsmittel – insgesamt 5 % des Haushalts. Ich finde, dass dieses Hohe Haus und die Ministerien häufiger darüber sprechen sollten, damit wir Integration in diesem Haus auch leben. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Velte. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN) : Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! 0,052 %, das ist der Anteil am Gesamthaushalt, den die Koalition der Integrationspolitik in NRW zumisst. Obwohl man daran schon deutlich erkennt, welchen Stellenwert erfolgreiche Integrationspolitik für unsere Landesregierung hat, gibt es dennoch auch viel Gutes zu vermelden: Die Verabschiedung des Integrations- und Teilhabegesetzes und darüber hinaus die Einrichtung der Kommunalen Integrationszentren ist äußerst positiv zu bewerten, auch wenn wir alle um die Umsetzungsprobleme wissen.

Die vorgesehenen Gelder von knapp 10 Millionen € müssen aber auch wirklich in die Einrichtung von Kommunalen Integrationszentren fließen. Die Ver-

pflichtungsermächtigung für 2013 beträgt lediglich 2 Millionen €. Vor dem Hintergrund, dass bisher nicht ein Integrationszentrum eingerichtet wurde, verwundert die Summe ein wenig. Wir werden darauf achten, dass es der Landesregierung an der Stelle auch wirklich ernst ist.

Integration bedeutet aber auch Gerechtigkeit und Teilhabe. In erster Linie geht es dabei aber um Bildungsgerechtigkeit. Sie nennen es Integration und Bildung. Aber spätestens seit der Veröffentlichung der Studie über den Grundschulleistungsvergleich, weiß auch der Letzte, dass es um Kinder in Migrantenfamilien nicht so gut bestellt ist. Der Bildungserfolg hängt leider sehr stark von der sozialen Herkunft des Schülers ab. Gleichzeitig ist das Armutsrisiko bei Migrantenfamilien im Verhältnis viel höher als bei deutschen Familien. Daraus folgt unweigerlich, dass Migrantenkinder in NRW bei Weitem nicht die gleichen Chancen haben. Hier muss noch einiges getan werden.

Wir haben zwei Anträge gestellt – nicht in diesem Einzelplan, aber Integration betrifft viele Einzelpläne –, die darauf abzielen, diese Chancengleichheit wenigstens ansatzweise in Angriff zu nehmen: die Erhöhung der Gelder für den herkunftssprachlichen Unterricht zum einen und die Migrantenhilfe zum anderen.

Integrationspolitik ist für uns Piraten vor allem eine Politik der Wahrnehmung, der Wahrnehmung in der Bevölkerung, wie Integration vonseiten der Politik angegangen wird – sei es im Umgang mit Migranten, bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus oder im Umgang mit Flüchtlingen und deren Angehörigen.

Ein negatives Beispiel präsentierte gerade wieder Berlin. Erst durch intensive Bemühungen der örtlichen Piraten kam es bei den Gesprächen mit demonstrierenden Flüchtlingen vor dem Brandenburger Tor zu Fortschritten. Bis zu unserem Eingreifen war es dort eher Politik, den im Hungerstreik befindlichen Demonstranten bei Minusgraden auch noch die Decken zu entwenden.

Da es aus weltpolitischer Sicht immer wieder zu einem Anstieg von Flüchtlingsströmen kommen wird, müssen wir die Kommunen in ihrem Bestreben, menschenwürdige Unterkünfte zu schaffen, stärker unterstützen. Wie ich gerade erwähnt habe, ist Integration eine Sache der Wahrnehmung. Glauben Sie mir, die Bevölkerung nimmt deutlich wahr, wenn Flüchtlingsheime aus allen Nähten platzen oder wenn Flüchtlinge containerweise von Düsseldorf aus abgeschoben werden. Wie soll hier eine positive Wahrnehmung zum Umgang mit Flüchtlingen entstehen?

Auch das halbherzige Vorgehen gegen Rechtsextremismus beeinflusst die Wahrnehmung in der Bevölkerung.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Vielleicht sollten Sie mal etwas wahrnehmen!)

Wir Piraten sprechen uns deutlich dafür aus, weitere Maßnahmen beim Kampf gegen Rechtsextremismus in Angriff zu nehmen. Das Acht-Punkte-Programm der Landesregierung sehen wir nur als einen Anfang. Oder halten Sie 35 neue Polizisten in ganz Nordrhein-Westfalen für ausreichend?

Sie sprechen von einer Aufgabenübertragung an die Landeszentrale für Bildung. Wieso unser Antrag zur Erhöhung der Mittel für diese Landeszentrale bei Enthaltung der FDP abgelehnt wurde, erschließt sich uns in diesem Zusammenhang nicht.

(Beifall von den PIRATEN)

In besonderem Maße spiegelt der Umgang von deutschen Behörden mit Migration das Bild wider, ob und wie Integration funktioniert. Wir setzen uns für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und Migranten ein. Aus diesem Grund wollen wir eine Erleichterung für den Übergang in einen dauerhaften Aufenthaltsstatus.

Es geht dabei auch um die Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Mit dem Berufsqualifikationsanerkennungsgesetz wurde auf Bundesebene die Grundlage geschaffen, ein einheitliches Verfahren einzurichten. Am Ende der heutigen Plenarsitzung wird es um das Anerkennungsgesetz gehen, das wir Piraten ausdrücklich unterstützen. Allerdings fehlt uns hier noch ein gesetzlicher Beratungsanspruch. Denn Beratung für Migranten ist der wichtigste Baustein bei der Erschließung des deutschen Arbeitsmarkts.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, Ihre Redezeit.

Simone Brand (PIRATEN): Ich komme zum Ende. Danke. – Als letzten Punkt möchte ich noch die doppelte Staatsbürgerschaft ansprechen. Hierzu gab es im letzten Jahr eine Bundesratsinitiative der SPD-Länder und Baden-Württembergs, die leider im November letzten Jahres abgeschmettert wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum denn nicht auf ein Neues? Wenn es Ihnen mit der Integration im Sinne der Identität der Migranten wirklich ernst ist, appelliere ich an alle Fraktionen, sich an einem gemeinsamen Antrag zu einer neuen Bundesratsinitiative für die Abschaffung der Optionspflicht zu beteiligen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Güler, ich verstehe ja, dass jeder integrationspolitische Redebeitrag seitens der CDU-Fraktion mit einem herzlichen Dank an Exminister Laschet beginnt.

(Heiterkeit von Ibrahim Yetim [SPD])

Sie machen daraus geradezu einen säkularisierten Gottesdienst. Das ist ganz bemerkenswert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Laschet hatte in seiner Öffentlichkeitsarbeit einen Vorteil: Er kannte sich stets sehr gut aus und konnte sich bei der Integrationspolitik immer mit seiner Partei reiben. Das machte ihn sehr interessant.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Quatsch!)

– Dann sind Sie ja, Herr Oppositionsführer, für das kommunale Wahlrecht. Bevor Sie „Quatsch“ sagen, mal nachdenken – vielleicht über Hörstel hinaus!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Langsam reicht es aber! Ich habe diesen Vorteil nicht. Ich stimme in der Integrationspolitik mit meiner Partei völlig überein. Das ist doch hervorragend.

Nun zur Sache: Sie haben in mehreren Punkten die Halbwahrheit, vielleicht auch die Unwahrheit gesagt. Darauf kommen wir noch zurück. Natürlich gibt es Anträge für die Bildung von kommunalen Integrationszentren – zwischenzeitlich acht an der Zahl. Ich habe dies auch in der letzten Ausschusssitzung, in der Sie zugegen waren, angekündigt. Sie werden auch die entsprechenden Unterlagen bekommen.

Natürlich gehen wir mit Kreativität und Fantasie vor. Das beinhaltet auch, dass wir sehr schnell zu den doppelten Staatsbürgerschaften kommen müssen, um die Menschen dazu zu bewegen, unsere deutsche Staatsbürgerschaft verstärkt anzunehmen. Das benötigen wir doch. Da haben wir in der Tat Zahlen, die nicht gerade gut sind. Wir haben erhebliche Rückgänge bei der Übernahme der deutschen Staatsangehörigkeit. Das muss sich ändern.

Wenn Sie sagen, ich bin nicht derjenige, der das Teilhabe- und Integrationsgesetz gemacht hat, haben Sie natürlich recht. Politik ist etwas Prozesshaftes. Da hat nie jemand das ursprüngliche Recht oder das Glück gehabt, etwas auf den Weg zu bringen. Es waren immer mehrere. Vielleicht unterscheidet uns auch diese unterschiedliche Auffassung von Politik. Politik wird immer von mehreren Menschen gemacht. Wenn Sie mit Ihren Integrationspolitikern kommen, möchte ich den Namen Liselotte Funcke, eine hervorragende Integrationsbeauftragte, nennen. Einer der ersten in diesem Land war der ehemalige Ministerpräsident dieses Landes, Heinz Kühn.

(Beifall von der SPD)

Den darf man doch auch nicht vergessen. Was soll diese gegenseitige Aufrechnung?

In einer Frage bin ich Ihnen sehr böse, und zwar was diese unsägliche Postkartenaktion angeht. Übrigens Ihre Kritik am Bundesinnenminister ist sehr gut, ausgezeichnet. Es ist nicht einfach, so etwas zu machen. Sie unterstellen jedoch der nordrhein-westfälischen Landesregierung, dass diese unsägliche Postkartenaktion mit unserem Innenministerium abgesprochen war.

(Serap Güler [CDU]: Ich kann Ihnen das Schreiben gerne zeigen!)

Wir werden das prüfen. Ich weiß, dass es nicht so war. Und ich erwarte, wenn die Wahrheit ans Licht kommt, dass Sie sich von diesem Pult aus vor der nordrhein-westfälischen Öffentlichkeit entschuldigen.

(Beifall von der SPD – Serap Güler [CDU]: Oder andersherum! – Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

Wir werden darauf zurückkommen. So kann man nicht – Jungferrede hin oder her – miteinander umgehen, jedenfalls nicht in einem demokratisch gewählten Parlament.

(Beifall von der SPD)

Ich will nur noch zwei, drei Anmerkungen zu unserem Haushalt machen. 10 Millionen € angesichts der Finanzsituation mehr für die Integrationspolitik bereitzustellen, ist schon gut und wichtig. Diejenigen, die jetzt „Chapeau!“ sagen, hätten, wenn es nicht so gekommen wäre, gesagt: Der Mann hat keine Durchsetzungskraft. Was macht er denn da überhaupt?

Also, ich verstehe Ihre Rolle in der Opposition. Wir sollten hier als Regierung sehr gelassen sein und unseren integrationspolitischen Kurs weiter betreiben und fortführen. Diese erprobte Integrationspolitik wird im Übrigen auch zum Beispiel von Frau Prof. Böhmer, von den Migrantinnenorganisationen in Nordrhein-Westfalen und von allen aus der sogenannten Szene gelobt. Lesen Sie einmal die Migrantinnenpresse. Schauen Sie sich das Wahlverhalten der Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Lande an, dann werden Sie ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stamp?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Minister, Sie haben gerade erwähnt, wie wichtig es Ihnen sei, dass die Politik der Landesregierung mit den verschiedenen Vertretern der Verbände abgestimmt sei und möglichst überparteilich angelegt stattfinden soll. Ich frage Sie deswegen: Warum haben Sie dann den überparteilichen Integrationsbeirat des Ministeriums ersatzlos aufgelöst?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, bitte schön.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein gut funktionierendes Landesintegrationsrat, der sehr eng mit dem Integrationsministerium zusammenarbeitet und der im Übrigen mit 100.000 € pro Jahr unterstützt wird. Das ist gut angelegtes Geld. Hier holen wir uns den Sachverstand der Migrantinnen und Migranten selbst.

Wenn Sie mich näher kennenlernen, dann werden Sie feststellen: Ich lege großen Wert darauf, dass die Migranten über ihre Organisationen nicht mehr Objekte von Politik sind, sondern Subjekte, die auch mitgestalten. Das ist eine ganz einfache Sache.

(Beifall von der SPD)

Ich meine, es ist uns nicht vorzuwerfen, dass wir hier zu wenig die unmittelbar Betroffenen einbeziehen. Ich kann Ihnen nur sagen, die kommunalen Integrationszentren werden Schritt für Schritt realisiert. Wir arbeiten hier sehr eng auch mit freien Trägern zusammen. Es gibt keinen Stillstand in der Integrationspolitik. Wir haben keinen Beauftragten mehr, wir haben eine Staatssekretärin dafür.

Der ehemalige Beauftragte, Herr Kufen, ist auf meinen Vorschlag hin in den Vorstand des Zentrums für Türkeistudien und Integration gewählt worden. Wir lassen hier niemanden zurück. Machen Sie sich da mal keine Sorgen! Das bekommen wir auch weiterhin hin.

Ich verstehe, wenn manche gegen diesen Haushalt stimmen werden. Dennoch bitte ich um Ihre Zustimmung, weil Integrationspolitik der Kick ist, der letztlich dieses Land, diese Gesellschaft ein Stück weit zusammenhalten muss. Da sollten wir wirklich, ohne jemanden zu überfordern, an einem Strang ziehen. Auch wir beide, Frau Güler, kommen uns schon noch näher. – Danke schön.

(Heiterkeit – Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. Die Landesregierung hat ihre Redezeit um zwei Minuten überzogen. Ich frage: Gibt es zu dem Teilabschnitt Integration noch Wortmeldungen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann rufe ich den

Teilbereich Soziales

auf und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Middendorf von der CDU-Fraktion.

Claudia Middendorf (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Sehr geehrter Herr Minister Schneider! Mit den aktuellen Haushaltsberatungen befinden wir uns bereits fast am Ende. Das haben wir gestern gehört, das haben wir heute gehört. Aber nichtsdestotrotz ist es einfach ärgerlich, dass die Rolle des Landtags als Haushaltsgesetzgeber sicherlich eine andere ist als jetzt.

Es ist auch deshalb ärgerlich, weil der heutigen Diskussion dadurch die richtige Grundlage fehlt. Das Haushaltsjahr ist schließlich fast vorbei. Wichtige und notwendige Veränderungen an diesem Entwurf würden ohnehin keine Wirkung mehr finden.

Schauen wir jetzt zum Sozialbereich. Die Koalition von SPD und Grünen hat in ihrer Koalitionsvereinbarung und der Regierungserklärung der Bekämpfung von Armut allerhöchste Priorität eingeräumt. Herr Minister Schneider hat diesen Aspekt bei der Haushaltseinführung im Fachausschuss des Landtags auch besonders betont.

Die Zahlen vom Sozialbericht 2012 zeigen uns, dass demnach jeder siebte Einwohner in Nordrhein-Westfalen einkommensarm ist. Die Risikoquote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist von 19,9 % 2010 auf 21,6 % 2011 gestiegen.

Im Sozialetat finden wir als einzigen Punkt zur Bekämpfung von Kinderarmut den Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“. Dabei muss man sich doch fragen, auf wen dieses Konzept überhaupt zurückgeht. Es war Minister Laumann, der mit „Kein Kind ohne Mahlzeit“ die Initiative ergriffen hat. Diese Initiative führen Sie jetzt weiter.

Was fehlt uns jetzt beim Sozialetat? Hier lautet die Antwort klar und deutlich: Eigene Zielvorstellungen von Herrn Minister Schneider. – Aber das kennen wir ja bereits. In den letzten zwei Jahren hatten Sie ja da auch keine konkreten Vorstellungen.

Nehmen wir doch einmal das Thema „Armut“, das ich gerade schon aufgezeigt hatte. Hier fordere ich Sie auf, endlich die hervorgehobenen Bereiche auch unter unterschiedlichen Aspekten zu betrachten: Altersarmut, Kinderarmut, Armutsrisiko durch Pflegebedürftigkeit. Was passiert? – Nichts.

Auch im Bereich „Inklusion“ gibt es nichts Neues in Nordrhein-Westfalen. Der Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ wird als Allzweckmit-

tel im Etat aufgeführt. Ebenso wird die Unterstützung der Betreuungsvereine zur Stärkung des Ehrenamts mit aufgeführt. Auch hier, Herr Minister Schneider, fehlen Konzepte, die über Dialogveranstaltungen hinausgehen und eine konkrete Umsetzung überhaupt möglich machen.

Herr Minister Schneider, Sie haben in der Ausschusseinbringung des Haushalts gesagt, dass Sie mit dem Haushaltsentwurf 2012 zeigen, dass Sie handlungsfähig sind. Dann handeln Sie auch endlich und beweisen Sie, dass Sie echten Gestaltungswillen haben. Ich erwarte von Ihnen Konkretisierungen, Zielvorstellungen und Lösungsansätze, was Sie in den einzelnen Bereichen umsetzen wollen. In den vergangenen zwei Jahren haben wir dazu nichts gehört.

Fazit: Es fehlen uns schlicht und ergreifend die Grundlagen, über die wir heute diskutieren können. Also zeigen Sie uns auf, was Sie im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren gestalten wollen! – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Middendorf. – Für die SPD-Fraktion spricht der Herr Kollege Scheffler.

Michael Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten arbeiten für ein solidarisches und soziales Nordrhein-Westfalen. Wir treten ein für ein soziales Fundament, das die Bürgergesellschaft, die darauf gründet, auch trägt. Dabei arbeiten bei uns in Nordrhein-Westfalen ganz viele Menschen mit: die Wohlfahrts- und Sozialverbände, die Kirchen, die Gewerkschaften und viele ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft ärmer. Den vielen Frauen und Männern, die sich haupt- und ehrenamtlich in den unterschiedlichen Sozialbereichen betätigen, sind wir alle zu großem Dank verpflichtet. Ohne sie können und wollen wir in Nordrhein-Westfalen auch keine Sozialpolitik gestalten.

Meine Damen und Herren, am 31. Oktober hat uns Minister Schneider im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales darüber informiert, dass von den Geldern, die der Bund für das Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung stellt, etwa 51,8 % abgeflossen sind. Das ist uns in der Tat viel zu wenig. Aber ich sage Ihnen auch: Wenn das Ministerium nicht eine so gute Arbeitshilfe entwickelt hätte, wäre diese Zahl noch geringer ausgefallen.

Meine Damen und Herren, diese Zahl zeigt uns eines auch ganz deutlich: Das Bildungs- und Teilhabepaket hat erhebliche Webfehler. Ich habe gelesen, dass Herr Preuß als sozialpolitischer Sprecher die Schuld für den geringen Mittelabfluss dem Mi-

nisterium ans Knie nageln wollte, wie man so schön sagt.

Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren: Was soll das MAIS in Düsseldorf an einem schlechten Berliner Gesetz ändern? Da gibt es nicht viel zu ändern. Da gibt es höchstens eine generelle Revision. Ich sage ganz deutlich: Dieses Bildungs- und Teilhabepaket ist zu kompliziert, ist bürokratisch und praxisfern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Den Kindern wird trotz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes Geld vorenthalten. Ich sage – wie ich schon häufig hier im Haus gesagt habe –: Es wäre viel besser, dieses Geld in die Infrastruktur, an die Einrichtungen und Schulen und Kindertageseinrichtungen zu geben. Dass dies der richtige Weg ist, wird auch dadurch deutlich, dass die Anteile für Lernförderung bei 6,1 % und kulturelle Teilhabe bei 6,4 % liegen. Meine Damen und Herren, auch hier wird Kindern Geld vorenthalten, das vom Bundesverfassungsgericht vorgesehen war.

Ich sage Ihnen: Wir treten als SPD ganz klar dafür ein, dass Familien und Kinder nicht zu Bittstellern gemacht werden, sondern wir fordern eine dauerhafte Absicherung. Deshalb werben wir sehr nachhaltig für eine Kindergrundsicherung, die den Familien eine solide und verlässliche Einkommensbasis bietet.

Ich sage auch, meine Damen und Herren: Die Schulsozialarbeiter, die im Kompromiss beim Bildungs- und Teilhabepaket verabredet worden sind, müssen auch über das Jahr 2012/2013 hinaus fortfinanziert werden, weil die an den Schulen eine gute Arbeit leisten. Auf die dürfen und können wir nicht verzichten, wenn wir etwas Gutes für die Zukunft unserer Kinder tun wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen als SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich, dass die Landesregierung ein Handlungskonzept zur Bekämpfung der Armut erarbeiten wird. Der Landessozialbericht hat in der Tat deutlich gemacht, dass es auch in Nordrhein-Westfalen eine hohe Armutsgefährdung gibt, 2,8 Millionen einkommensarme Menschen, darunter 643.000 Jugendliche.

Die Kollegin Middendorf hat eben gesagt, in Nordrhein-Westfalen fehlen Konzepte. Ich sage Ihnen: Nordrhein-Westfalen ist keine Insel. Der Hauptgrund für Armut sind nach wie vor geringe Löhne und prekäre Beschäftigung. Deswegen wollen wir als SPD einen flächendeckenden Mindestlohn, von dem die Menschen leben können. Ich fordere Sie auf: Machen Sie das endlich auf Bundesebene mit! Dann geht es nämlich vielen Menschen, die arm sind, besser, Meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer Armut nachhaltig bekämpfen will, der muss früh ansetzen. Zentrales Instrument zur Armutsbekämpfung ist die Bildung. Mit unserer Politik mit dem präventiven Ansatz ermöglichen wir gleiche Bildungschancen für alle. Beitragsfreiheit in der Kita, Ganztagschulen, verbesserter Übergang von Schule und Beruf und ein gebührenfreies Studium gehören dazu.

In Bildung für alle zu investieren ist, meine Damen und Herren, die beste Armutsprävention. Diesen politischen Weg werden wir auch in den kommenden Jahren weiter gehen. Ich hoffe, dass wir auch im Bund Mehrheitsverhältnisse bekommen, die uns auf diesem Weg deutlich und klar unterstützen werden.

Meine Damen und Herren, damit unterscheiden wir uns auch ganz klar von der Politik von Frau von der Leyen, die in Sonntagsreden die Altersarmut beklagt und werktags die Minijobs auf 450 € anhebt. Damit erhöht sie das Armutsrisiko insbesondere für Frauen. Minijob heißt dann nämlich auch Minirente.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema wird uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. Das ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Dies betrachten wir als eine Querschnittsaufgabe. Inklusion kann nicht verordnet werden, sondern muss auf allen Ebenen – in Bund, Ländern und Kommunen – Thema sein. Sie gehört in die Mitte der Gesellschaft.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, ich darf an Ihre Redezeit erinnern.

Michael Scheffler (SPD): Gemeinsam mit den Betroffenen und den Verbänden der Menschen mit Behinderung wollen wir aus dem Nebeneinander ein Miteinander machen. Ich fordere alle hier im Hause auf, dabei mitzutun und uns dabei zu helfen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Scheffler. – Für die Fraktion der FDP spricht der Herr Kollege Alda.

Ulrich Alda (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren, Zuschauer sind nicht mehr da. – Sie werden sich daran gewöhnen müssen: Ich habe vier Monate nicht gesprochen, jetzt bin ich dafür umso häufiger dran.

Sehr geehrter Herr Minister, ich bin auch schon wieder da und spreche jetzt zur sozialen Lage. Kollege Scheffler, wir fahren häufiger zusammen mit dem Zug. Trotzdem haben wir Differenzen. Die haben Sie gerade schon genannt. Ich werde sie noch kurz anreißen.

Zur allgemeinen Lage: Die Landesregierung weist regelmäßig auf ihren präventiven Ansatz bei der Armutsbekämpfung hin. Vor allen Dingen das Wohl der Kinder liegt ihr nach eigenem Bekunden sehr am Herzen. Angesichts der Ergebnisse des neuesten Sozialberichts NRW möchte ich für die FDP Folgendes sagen: Primär auf Umverteilung zu setzen, wie Sie das machen, wird die Probleme nicht lösen, sondern damit behandelt man lediglich die Symptome. Selbstverständlich gilt für die FDP, dass wir Menschen, die tatsächlich arm sind, unmittelbar helfen wollen. Das werden wir auch finanziell machen.

Dennoch ist die vordringliche Aufgabe der Politik, die Ursachen von Armut und vor allen Dingen der auch von meinen Vorrednern zitierten Kinderarmut zu bekämpfen.

Eine gute und umfassende Bildung für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft – das nur zur Diskussion im vorherigen Block – bietet dazu die beste Voraussetzung. Hierzu bedarf es eben nicht nur der Selbsterkenntnis der Betroffenen, sondern einer größeren Chancengleichheit beim Zugang zu Bildungs- und Kulturangeboten.

Was haben wir da an gemeinsamen Instrumenten? Um Kinder aus einkommensschwachen Verhältnissen gezielt zu unterstützen, wurde das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung – Herr Scheffler, bevor Sie eine Zwischenfrage stellen, ich weiß, aufgrund eines Gerichtsurteils – auf den Weg gebracht. Trotzdem muss ich darauf hinweisen, dass da vorher nichts war. Ich möchte daran erinnern, wie skeptisch die Landesregierung diesem so wichtigen Vorhaben über längere Zeit begegnet ist. Staatssekretär Schäffer – ist er da? Nein! – hat vergangene Woche im Ausschuss vorgetragen, dass nur 51 % der Mittel abgerufen werden. Wir waren uns, glaube ich, einig, dass da – insbesondere auch bei der Verteilung – mehr getan werden muss.

Wenn man auf pragmatische Weise Verbesserungen erzielen kann, um die Inanspruchnahme dieser Landesregierung zu erhöhen, so sind wir dafür offen. Uns allen sollte es am Herzen liegen, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um die Teilhabechancen gerade dieser Kinder zu stärken.

(Beifall von der FDP)

Damit komme ich zu einem weiteren sozialpolitischen Thema. NRW ist bislang das einzige Bundesland, das über eine integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung und somit über Daten und Fakten hinsichtlich des Ausmaßes und der Struktur von Wohnungsnotfällen verfügt. Eine gute Datenlage trägt entscheidend dazu bei, die Zielgenauigkeit sozialpolitischer Maßnahmen zu erhöhen. Es ist dennoch zwingend erforderlich, nicht nur unmittelbare Hilfen zur Verfügung zu stellen, sondern, meine Damen und Herren, vor allen Dingen das Problem der Wohnungslosigkeit so anzugehen, dass es nach

Möglichkeit gar nicht erst entsteht. Dazu haben wir die Basis in den Statistiken. Das ist natürlich eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, bei der wir Ihnen aber auch gerne Unterstützung bieten.

Das dritte Thema ist die Inklusion. Sie wurde schon vorhin von meinen Vorrednern und auch in den vorhergehenden Kapiteln angesprochen. Was die Politik für Menschen mit Behinderung angeht, so gibt es, Herr Minister, traditionell wenig Streitpunkte hier im Haus zwischen Regierung und Opposition.

Inzwischen liegt der Aktionsplan der Landesregierung „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ vor. Man sieht, dass die Landesregierung nicht bei null anfangen musste. Schon zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung wurden bedeutsame Grundlagen für die Weiterentwicklung auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen gelegt.

Im Landesprogramm „Teilhabe für alle“, das in dieser Zeit entstanden ist, wurden bereits ressortübergreifende Aktivitäten gebündelt und zielorientiert weiterentwickelt. Maßnahmen zur Inklusion betreffen alle gesellschaftlichen Ebenen; das wurde vorhin auch schon gesagt. Sie reichen von der schulischen Inklusion über den Abbau von Barrieren in öffentlichen Gebäuden und die Verbesserung der Mobilität bis hin zu bedarfsgerechten Arbeitsplätzen – nach Möglichkeit, Frau Kollegin Maaßen, auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das sehen wir auch so.

(Beifall von der FDP)

Inklusion ist ein langfristiger Prozess, der die gesamte Gesellschaft betrifft. Um nachhaltige Veränderungen zu erzielen, ist das Bohren dicker Bretter in vielen Bereichen erforderlich.

Aber auch die Barrieren in den Köpfen müssen weiter abgebaut werden.

(Beifall von der FDP)

Ich glaube, dass unsere Gesellschaft dort noch nicht so ganz weit ist. Auch da sollten wir an einem Strang ziehen.

Auch wenn es eine große Aufgabe ist: Kleine Schritte sind gefragt. Ich frage bei großen Projekten immer: Leute, wie isst man einen Elefanten? – Ich empfehle: Stück für Stück! Das werden wir in dem Fall auch anwenden.

(Beifall von der FDP)

Strukturen zu verändern und passgenauer zu gestalten, ist eine Sache; aber Inklusion bedeutet auch, dass wir Menschen mit Behinderungen mehr zutrauen sollten und dass wir sie eben nicht durch eine übertriebene Fürsorge entmündigen.

Auf Seite 14 des Aktionsplans wird ausdrücklich betont, dass die UN-Behindertenrechtskonvention keine neuen Rechte bzw. Spezialrechte für Menschen mit Behinderung normiert. Vielmehr sollten bestehende

Menschenrechte aus der Perspektive behinderter Menschen erläutert werden. Mehr Ursachenanalyse bei der Problembewältigung und mehr Maßnahmen zur Förderung der Selbstbestimmung – wir als Liberale legen sehr viel Wert darauf – von Bürgerinnen und Bürgern sind im Übrigen für die gesamte Sozialpolitik der Landesregierung wünschenswert. – Vielen Dank.

Eine kleine Entschuldigung: Da sitzen doch noch Zuschauer.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Alda. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landessozialpolitik umfasst zwei große Bereiche. Der eine ist die Armutsbekämpfung, der andere Bereich ist die Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

Mit Blick auf die Armutsbekämpfung müssen wir feststellen: Die soziale Schere in unserem gesamten Land geht immer weiter auseinander. Es gibt immer mehr verfestigte Armut, und es gibt einen immer größeren Unterschied zwischen den Menschen in unserem Land, die viel und sehr viel Einkommen und Vermögen haben, und Menschen, die arm sind oder unterhalb der Armutsgrenze liegen.

Deshalb ist es wichtig – wir begrüßen das als grüne Fraktion –, dass Minister Schneider angekündigt hat, ein Handlungskonzept zur Armutsbekämpfung und gegen soziale Ausgrenzung vorzulegen. In der Tat können wir Armut nicht eindimensional begegnen, sondern wir müssen in einem komplexen Maßnahmenkatalog die Armutsursachen bekämpfen. Wir wissen dabei natürlich auch, dass wir in der Landespolitik vor allem in dieser Frage maßgeblich von den bundespolitischen Rahmenbedingungen abhängen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das bedeutet, meine Damen und Herren, dass die auf Bundesebene erfolgte Ausweitung der Verdienstgrenze bei Minijobs – Kollege Scheffler hat es eben schon erwähnt –, die Ausweitung der Leiharbeit und niedrige Regelsätze Armut verfestigen. All das macht es uns hier auf Landesebene schwer, Maßnahmen gegen die Armut zu ergreifen.

Wir brauchen deswegen von der Bundesebene bundesweit gültige strukturelle Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Das betrifft die Regelsätze, und das betrifft vor allem eine grundsätzliche Lösung auf dem Problemfeld der bedrückenden Kinderarmut. Auch das hat Kollege Scheffler eben schon angesprochen.

Wir, SPD und Grüne, wollen – das haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben – grundsätzlich das Problem „Kinderarmut“ über eine Kindergrundversicherung lösen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall von Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, wir haben hier in Nordrhein-Westfalen den Härtefallfonds aufgelegt. Mit diesem Härtefallfonds, ausgestattet mit 3,5 Millionen €, wollen wir vor allen Dingen die Lücken füllen, die das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung offenlässt. Und diese Lücken sind sehr groß.

Wir müssen feststellen, dass dieses Bildungs- und Teilhabepaket nicht nur ein Bürokratiemonster ist, das die Kommunen in der Durchsetzung und in der Ausführung außerordentlich belastet, sondern dass von dieser nicht gerade üppigen Summe von 96 Millionen € für die gesamte Bundesrepublik bis jetzt lediglich 51 % bei den Kindern angekommen sind. Meine Damen und Herren, das ist beschämend, und es zeigt, dass das Grundkonzept dieses Bildungs- und Teilhabepaketes grundsätzlich falsch angelegt ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir uns anschauen, dass das Geld zu einem sehr großen Teil – zu 37 % – in das warme Mittagessen fließt, und feststellen, dass bei der dringend erforderlichen Lernförderung für die benachteiligten Kinder gerade mal 6,1 % landen und für die soziale und kulturelle Teilhabe nur 6,4 % in Anspruch genommen werden, dann sehen wir, dass dieses gesamte Paket falsche Politik ist. Wir können auf Landesebene jetzt nur ein Stück kompensieren.

Letztendlich muss es Ziel sein, auf Bundesebene dieses Paket zu überführen in grundsätzliche Lösungen, nämlich Infrastrukturverbesserungen für die Kinder, die in Armut leben, zu erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zum zweiten großen Komplex, zur Inklusion: Unser Ziel ist – es ist das gemeinsame Ziel; ich freue mich sehr, dass wir in diesem Bereich fraktionsübergreifend zusammenarbeiten – die Verwirklichung des Menschenrechtes Inklusion. Und das wollen wir gemeinsam mit den Menschen mit Behinderungen erreichen. Wir wollen sie mit einer breiten Beteiligung mit in das Instrument „Aktionsplan Inklusion“ der Landesregierung, das zentrale Instrument, hineinnehmen.

In einem auf zehn Jahre angelegten Prozess wollen wir in allen gesellschaftlichen Bereichen den Zugang für Menschen mit Behinderung ermöglichen, Barrierefreiheit schaffen. Und Barrierefreiheit, meine Damen und Herren – das wissen wir –, bedeutet vor allen Dingen, die Barriere in den Köpfen zu beseitigen. Es bedeutet, die baulichen Barrieren zu beseitigen. Es bedeutet, die Barrieren vor allen Dingen

auch in der Kommunikation zu beseitigen, um Menschen tatsächlich vollständige Teilhabe zukommen zu lassen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wir sind auf einem guten Weg. 6,8 Millionen € stehen dafür im Haushaltsentwurf. Ich kann nur hoffen, dass Sie von den Oppositionsfraktionen, wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen wollen, diesem Teil des Haushalts zustimmen, damit wir wirklich das gemeinsame Ziel Inklusion realisieren können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen auf der Tribüne und im Stream! Ich möchte mich jetzt gar nicht lange über den Einzelplan 11 und den Teilbereich Soziales auslassen.

William Shakespeare schrieb einmal: „Wer Worte macht, tut wenig.“ Ich muss sagen: Hier im Landtag werden zu viele Worte über einen gelaufenen Haushaltsplan gemacht.

Daher möchte ich nur auf drei Aspekte hinweisen.

Zum einen reden wir hier über einen Haushalt, der zum Zeitpunkt der möglichen Verabschiedung schon fast vollständig ausgegeben ist.

(Unruhe)

Ich käme mir, ehrlich gesagt, lächerlich vor, wenn ich jetzt auf Einzelheiten eingehen würde, denn ich schaue lieber in die Zukunft als in die Vergangenheit.

Der zweite Aspekt: Ich finde sehr vieles unter dem Titel „zur Weiterleitung von Bundesmitteln“. Daran können und möchten wir natürlich auch nichts ändern.

Zu guter Letzt kündige ich an, dass wir im Haushaltsjahr 2013 sehr genau hinschauen werden. Wir werden die Landesregierung daran messen, wie die zukünftige Entwicklung der Armut in Nordrhein-Westfalen verläuft. Dabei ist es uns egal, ob es die Alters-, Kinder- oder sonstige Armut ist. Wir werden genau hinschauen.

Mehr Worte brauche ich heute nicht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und der CDU – Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Noch einen Satz: Ich wünsche mir, dass wir in Zukunft rechtzeitig über Haushaltsentwürfe beraten können. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Wegner. – Nun spricht für die Landesregierung der für diesen Einzelplan zuständige Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In unserer Koalitionsvereinbarung und dann auch in der Regierungserklärung unserer Ministerpräsidentin wurde die Bekämpfung der Armut als eine zentrale und auch landespolitische Herausforderung bezeichnet.

Dies wurde auch durch eine sehr intensive Diskussion im Landeskabinett aufgrund der Vorlage unseres Sozialberichtes unterstützt, der auch Armuts- und Reichtumsbericht genannt werden kann; vielleicht ist das die bessere Bezeichnung.

Es kann nicht sein, meine Damen und Herren, dass in Nordrhein-Westfalen das Vorhandensein von zwei Kindern in einer Familie zum Armutsrisiko wird.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ein Skandal erster Güte. Das können wir uns auch ökonomisch gar nicht leisten.

Deshalb steht bei der Bekämpfung der Armut die Kinderarmut ganz oben an. Sie muss bekämpft werden. Dies ist allerdings nicht nur – davon bin ich zutiefst überzeugt – ein materielles Problem. Wir kennen auch Bildungsarmut und emotionale Armut. Armut hat vielfältige Facetten. Das muss in einem Gesamtkonzept gegen die Armut in NRW berücksichtigt werden.

Wir werden dieses Konzept natürlich in enger Absprache mit allen Ministerien in diesem Lande – ich hoffe, im nächsten Frühjahr – vorlegen können. Das wird ein hartes Stück Arbeit, weil die zentralen Entscheidungen zur Bekämpfung der Armut nicht in Düsseldorf, sondern in Berlin fallen. Darüber können wir nicht hinwegsehen; das ist so.

(Zustimmung von Ingrid Hack [SPD])

Der Oppositionsführer, der jetzt nicht mehr da ist, hat die laufende Legislaturperiode in Berlin als sozialpolitisch leere Zeit bezeichnet. Da ist nichts passiert, auch nicht im Hinblick auf die Bekämpfung der Armut.

Ich kann allen zustimmen, die Kritik am Bildungs- und Teilhabepaket geübt haben. Denn es weist wichtige Webfehler auf, die dazu führen, dass diejenigen, die es nötig hätten, die Leistungen aus diesem Paket zu wenig in Anspruch nehmen.

Bürokratischer Höhepunkt ist dabei die Beantragung und Inanspruchnahme von Bildungshilfen, insbesondere von Nachhilfeunterricht. Ich kann das nicht im Einzelnen darstellen. Es muss sich schon

um bemerkenswerte Menschen handeln, die so viel Bürokratie aufbauen, um Kindern vermeintlich zu helfen. Wir haben gegengehalten und eine hervorragende Arbeitshilfe auf den Weg gebracht, die auch Maßstäbe für andere Bundesländer gesetzt hat und die kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Als weiterer Punkt wurde ebenfalls schon die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit angesprochen. In der Tat: Wir haben eine umfassende Datei. In mehreren Anläufen hat das Land Nordrhein-Westfalen den Versuch unternommen, zu einer Datei auf Bundesebene zu kommen. Wir haben hierfür aus welchen Gründen auch immer keine Mehrheit gefunden. Wir werden es bei der diesjährigen Arbeits- und Sozialministerkonferenz wieder versuchen.

Die 1,12 Millionen €, die zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit bereitgestellt sind, sind nicht viel, stellen aber doch einen wichtigen Ansatz dar, um den Ärmsten der Armen zu helfen.

Zum Thema „Inklusion“ ist Folgendes zu sagen: Frau Middendorf, Sie beklagen das Nichtvorhandensein von Konzepten. Wir haben in unserem Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ 21 Aktionsfelder mit mehr als 100 Maßnahmen entwickelt. Da finden Sie die Konzepte, die Sie so vermissen. Im Übrigen ist dieser Plan nicht das Werk von Einzelnen oder einer Arbeitsgruppe, sondern dieses Konzept ist in enger Abstimmung mit den Behindertenverbänden und mit der interessierten Öffentlichkeit entwickelt worden.

Besonders liegt mir persönlich die Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Menschen mit Behinderungen am Herzen. Deshalb werden wir – das Kabinett hat die notwendigen Beschlüsse gefasst – 1.000 zusätzliche sogenannte Außenarbeitsplätze zur Verfügung stellen. Das ist kein Pappentier; das ist sehr wichtig.

Wir wollen natürlich die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen weiter fördern. Zwischenzeitlich befinden sich 64.000 Menschen in diesen Werkstätten, also mehr, als Thyssen-Krupp in NRW beschäftigt. Weil das so ist, wollen wir vor allem auch sogenannte Integrationsunternehmen fördern und ausbauen, die sich letztlich mit dem, was dort produziert wird, am ersten Arbeitsmarkt und an den Absatzmärkten beweisen müssen. Dass dies funktioniert, zeigen sehr viele hervorragende Beispiele.

Wir haben für das Thema „Inklusion“ 6,8 Millionen € im Haushalt 2012 zur Verfügung gestellt. Aber das ist nur eine Seite. In allen Haushalten aller Ministerien sind Mittel für dieses Thema vorhanden.

Die Inklusion soll in einem Zeitraum von zehn Jahren realisiert werden. Das ist ein sehr anspruchsvolles Ziel. Ich muss Ihnen sagen, je mehr man sich mit dieser Materie beschäftigt, desto länger werden die Zeitläufe, die man einschätzen kann, um Inklusion, letztendlich ein gesellschaftspolitisches Ziel – hier geht es nicht um irgendeine behindertenpolitische

Dimension –, in Nordrhein-Westfalen und in der gesamten Republik umzusetzen.

Die Bekämpfung von Armut beginnt mit dem In-Ordnung-Bringen unseres Erwerbssystems. Daran arbeiten wir auch im Bereich Soziales in unserem Ministerium. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Zum Schluss möchte ich der Kollegin Asch herzlich zum Geburtstag gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. Das war sehr nett. Das Plenum hat das heute Morgen auch schon getan.

Damit sind wir am Ende der Beratung zu dem Teilbereich Soziales im Einzelplan 11.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt uns in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1211**, den Einzelplan 11 unverändert anzunehmen. Wer stimmt dem zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP und drei Mitglieder der Piratenfraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Der Großteil der Piratenfraktion enthält sich der Stimme. Damit ist bei diesem festgestellten Ergebnis die **Beschlussempfehlung angenommen** und der **Einzelplan 11 verabschiedet**.

Wir kommen zu dem nächsten Einzelplan:

Einzelplan 15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Ich darf auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/1215 hinweisen. Ich rufe auf den

Teilbereich Gesundheit, Pflege und Alter

Für die CDU-Fraktion spricht zunächst der Kollege Preuß.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gesundheit ist ein hohes Gut. Für jeden einzelnen unserer Bürgerinnen und Bürger ist das persönliche Wohlbefinden von großer Bedeutung. Die Messlatte, die die Bürgerinnen und Bürger an das Gesundheitswesen anlegen, ist enorm hoch.

Wir müssen uns stets fragen: Sind die Wege zur Gesundheit für alle geöffnet, ist die notwendige medizinische Versorgung der Menschen optimal gewährleistet, gleich, ob Sie in der Stadt oder auf dem Lande wohnen? Wie können mehr Ärzte ausgebil-